Torrès spricht

Ein Pariser Anwalt vor Berliner Hörern

Daß es ein guter Gedanke der Deutsch-Französischen Gesellschaft war, einen großen Pariser Advokaten in Berlin einen Vortrag halten zu lassen, zeigte der geradezu stürmische Andrang gestern im ehemaligen Herrenhaus, als Maître Henri Torrès über das Thema „Vor den Geschworenen" sprach. Der Redner hatte nicht unrecht, wenn er in seinem Publikum die Intellektuellen von Berlin begrüßte. Selbstverständlich waren die Anwälte in großer Anzahl erschienen, um ihren berühmten Pariser Kollegen zu hören. Neben dem französischen Botschafter de Margerie konnte der Vorsitzende, Dr. Grautoff, auch die Präsidenten des Reichstags und des Landtags, Löbe und Bartels, begrüßen. Die hohe gespannte Erwartung der Hörer wurde auch in vollem Maße erfüllt. Torrès zeigte sich als ein Meister der Beredsamkeit, der seine Wirkungen durch Geste und Bewegung nachdrücklich zu steigern vermag, dem alle Töne zur Verfügung stehen, von dem leichten Plauderton, in dem er eine Anekdote pointiert vorträgt, bis zu der lang hinrollenden, wahrhaft ciceronianischen Periode, die mit vollem Pathos auf den Hörer einstürmt. Man kann sich nach diesem Vortrag vorstellen, wie der französische Verteidiger die Geschworenen mit sich zu reißen vermag, und wie eine Rede im Parlament das Schicksal einer Regierung entscheidet. Auch Torrès konnte mit der Aufnahme, die er fand, und dem Verständnis, das ihm entgegengebracht wurde, sehr zufrieden sein, und er brachte das in der charmantesten Weise zum Ausdruck, als er seinen Hörern sein Kompliment darüber machte, daß sie eine ganz spezifisch pariserische Anekdote sofort begriffen und mit Beifall lohnten.

Torrès stellte sich als Vertreter derjenigen Generation vor, die nach dem Krieg in das Leben eingetreten ist. Er nannte sich einen jener Väter, die den Kindern schwören, daß ein solcher Krieg niemals wiederkehren werde. Er begrüßte die Veranstaltung als ein Mittel zur Verständigung der deutschen und der französischen Intelligenz.

Zu seinem Thema übergehend skizzierte er kurz die Geschichte des Geschworenengerichts in Frankreich, wobei er mit Nachdruck hervorhob, daß es ein Kind der Revolution sei und von ihrem freiheitlichen Geiste erfüllt sein müsse. Er zeichnete mit kurzen Strichen seine Organisation, wobei er es auch an satirischen Streiflichtern nicht fehlen ließ. Die Erwähnung eines Gesetzes, durch das Briand den Kreis der Geschworenen erweiterte, benutzte er zu einer Verbeugung vor dem Manne, der damals im Dienste der nationalen Gerechtigkeit gekämpft habe, wie er jetzt für die internationale Gerechtigkeit kämpfe.

Bei aller Begeisterung für die Institution des Schwurgerichts ließ der Redner aber auch einige Mängel hervortreten, insbesondere hörte man aus seinem Munde die auch in Deutschland wohlbekannte Klage, wie schwer es dem Geschworenen ankomme, daß er auf jeden Einfluß auf das Strafmaß verzichten müsse, und wie leicht dadurch sein Wahrspruch gefährdet werde. Im Zusammenhang mit dem gegen die Schwurgerichte erhobenen Vorwurf, daß sie sich durch Gefühle von der Bahn des Rechts ablenken ließen, erörterte er die Freisprechung des Mörders von Jaurès und Ulraineers Schwarzbard, den er selbst verteidigt hat. Namentlich die kurze Schilderung dieses Falles zeigte seine Meisterschaft, mit wenigen Sätzen die stärksten Eindrücke zu erzielen, so daß man sich nicht mehr wunderte, wenn die Geschworenen mit ihrem Freispruch im Sinne der Humanität zu handeln glaubten.

Im letzten Teil seines Vortrages entwarf Torrès die Bilder einiger der größten französischen Verteidiger, beginnend mit Berryer, der im Gerichtssaal unter den verschiedensten Regierungsformen stets für die Freiheit der Unterdrückten eintrat, obwohl er in der Kammer strenger Legitimist war. Mit Ehrfurcht verweilte er bei der Gestalt Demanges, der als ausgesprochener Klerikaler und Antisemit die Verteidigung von Dreyfuß übernahm, weil er von seiner Unschuld überzeugt war, und mit Begeisterung schilderte er Labori, der den Beruf des Advokaten in Vollendung verkörpert habe. Auch die Schilderung lebender Verteidiger, wie Henri Robert und Moro-Giaffieri fesselten das Publikum aufs stärkste, zumal er mit einer Wandlungsfähigkeit, die einem jeden Schauspieler Ehre gemacht hätte, die Eigentümlichkeiten ihrer Methode nicht nur schilderte, sondern auch darstellte.

Zum Schluß erhob er sich, nachdem er bei der Wiedergabe einer Anekdote seine Kräfte gesammelt hatte, zu einem ergreifend pathetischen Appell an die Intellektuellen Deutschlands und Frankreichs, zusammenzuwirken im Geiste der Verständigung und des Friedens, der die Hörer zu stürmischem, sich immer wiederholendem Beifall mitriß.

Berlin sucht neue Einnahmen

Die Deckung des Nachtragsetats

Der Berliner Magistrat wird heute nachmittag um 4 Uhr zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um zu erwägen, woher die rund 70 Millionen Mark zu nehmen sind, die zur Deckung des Nachtragsetats bis zum 1. April dieses Jahres gebraucht worden. Zu einer endgültigen Beschlußfassung wird es kaum kommen, weil die Meinungen über Steuererhöhungen und noch zu ergreifende Sparmaßnahmen weit auseinander gehen.

Die Erwartungen, die man in finanzieller Beziehung an die Einschränkung städtischer Bauten stellt, sind offenbar nicht voll eingetroffen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß man bei Berechnung der Ersparnisse aus stillgelegten Bauten zum Teil die Summen nicht abgezogen hat, die schon gezahlt worden sind, und zum Teil auch die Summen nicht, die für inzwischen fertiggestellte Arbeiten unbedingt noch gezahlt werden müssen. Die gesamte bisher beschlossene Stillegungsaktion bringt, wie jetzt feststeht, nicht eine Ersparnis von 60 und mehr Millionen Mark, sondern von kaum 23 Millionen.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die schlechte Finanzlage Berlins nicht allein auf kostspielige Ausgaben zurückzuführen ist, sondern mit in erster Linie auf die **außerordentliche Benachteiligung Berlins bei der Steuerverteilung durch Staat und Reich sowie durch große Aufwendungen, die vom Reiche der Gemeinde auferlegt worden sind.**

Die Statsaufstellung des beurlaubten Stadtkämmerers war finanztechnisch einwandfrei: der fehlende Betrag von rund 70 Millionen Mark ist auf die Mehrausgaben für Wohlfahrtspflege in Höhe von 29 Millionen Mark und auf andere soziale Ausgaben zurückzuführen, die niemand voraussehen konnte und die gleich der Mindereinnahme aus den städtischen Betrieben eine Folge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sind. Sieht man von diesen unvorhergesehenen Dingen ab, dann erweist sich der letzte Haushaltsvoranschlag des Stadtkämmerers im wesentlichen als richtig, denn um einige Millionen wird eine Vorrechnung für einen Etat von einer Milliarde Mark immer differieren.

Die Deckung des Nachtragsetats von rund 70 Millionen Mark, mit der der Magistrat sich gegenwärtig beschäftigt, ist außerordentlich schwierig. Aus einer Erhöhung der Grundvermögensteuer könnten bis zum 31. März höchstens 10 Millionen gezogen werden. In der Stadtverordneten-Versammlung wird dafür außerdem keine Mehrheit zu bilden sein, weil die Grundvermögensteuer auf die Mieten abgewälzt werden darf. Die von einigen Magistratsmitgliedern empfohlene Erhöhung des Gewerbesteuersatzes würde nicht nur in der Stadtverordneten-Versammlung auf Widerspruch stoßen. **Wie wir hören, hat auch der Oberpräsident große Bedenken gegen eine derartige erneute Belastung der Wirtschaft.** An Gewerbesteuer-Einnahmen stehen 78 Millionen im Voranschlag, an Lohnsummensteuer 36. In den ersten neun Monaten sind aus diesen Steuern bereits 75 bzw. 26 Millionen eingekommen.

Selbst wenn es aber durch außerordentliche, die Bürgerschaft schwer belastende Maßnahmen gelingen könnte, Berlins Finanzen für dieses Rechnungsjahr in Ordnung zu bringen, so werden zum 1. April für das neue Rechnungsjahr doch wieder neue Schwierigkeiten eintreten. Berlin kann durch die Steuerleistungen seiner Bürger nicht dauernd Provinzgemeinden subventionieren. Und ebenso ist es ausgeschlossen, daß man auf die Dauer Berlin vom Anleihemarkt absperren kann und es so zwingen, aus Steuermitteln Leistungen zu finanzieren, die auch späteren Generationen zugute kommen.

V—r.

Beginn des Studententages

Heute vormittag wurde in Anwesenheit des Reichsinnenministers Severing der zweite Studententag des Deutschen Studenten-Verbandes durch seinen Vorsitzenden cand. jur. Kurt Berlowitz eröffnet. Vor Beginn der Tagung hatte der Studentenverband zur Ehrung seiner im Weltkriege gefallenen Kommilitonen einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife am Gefallenendenkmal der Universität niedergelegt.

In seiner Begrüßungsansprache betonte der Vertreter des Kultusministeriums, Ministerialdirektor Prof. Richter, die Notwendigkeit gemeinsamer Zusammenarbeit des republikanischen Staates mit der Studentenschaft an der Gestaltung der akademischen Selbstverwaltung und der Hochschulreform. Das Ministerium wünsche die Anregungen der studierenden Jugend, damit aus dieser Arbeitsgemeinschaft der neue Typus des Akademikers erwachse.

Aus dem Vorstandsbericht ging hervor, daß der Deutsche Studentenverband, der als Protest gegen das völkische Programm der sogenannten „Deutschen Studentenschaft" vor zwei Jahren von freiheitlich gesinnten Studentengruppen ins Leben gerufen wurde, in seiner gegenwärtigen Tagung bereits 28 000 Studenten vertritt. An sämtlichen deutschen Universitäten und technischen Hochschulen gib es jetzt Gruppen, die dem Verband angehören. Unter den Delegierten der Tagung befinden sich mehrere Vertreter sympathisierender Vereinigungen von den Universitäten in Prag und in Wien.

Während des ersten Jahres seines Bestehens hatte der Verband lebhafte Abwehrkämpfe gegen die völkischen und monarchistischen Mitglieder der Deutschen Studentenschaft zu führen. Im zweiten Jahr konnte er an die Aufbautätigkeit schreiten die ihrem Ausdruck in der Gründung einer eigenen Zeitschrift, in aufklärender Arbeit über die Ziele der republikanischen Studentenschaft, in wirtschaftlichen Selbsthilfe-Organisationen und in der Pflege von Beziehungen zu gleich gerichteten Studenten des Auslandes gefunden hat. Die Leiter des Innenamtes, des Amtes für Wirtschaftshilfe und Leibesübungen und des Auslandsamtes erstatteten darüber Bericht.

Bauern gegen Radikalismus

Münster, 10. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Der Westfälische Bauernbund hat in einer Generalversammlung in Münster sein politisches Programm festgelegt. Der Bauernbund, der hauptsächlich Kleinbauern und Pächter zu seinen Anhängern zählt, wird von einem Parteitor als Präsidenten geleitet. Er hat trotz der großen offenen und verteckten Widerstände auch aus dem Zentrumslager einen bedeutenden Anhang gewonnen und bereits seit seiner kurzen Lebensdauer fünf Geschäftsstellen im Münsterland einrichten können und zwar in Münster, Paderborn, Burgsteinfurt, Coesfeld und Ibreden.

Der Gesamtvorstand des Westfälischen Bauernbundes, der sich in der Generalversammlung über eine feste und eindeutige staatspolitische Linie einigte, gibt folgendes Programm bekannt:

Der Westfälische Bauernbund steht auf einer innerlich und äußerlich ehrlichen und konsequenten Linie der konfessionellen und parteipolitischen Neutralität. Jeglicher Links- oder Rechtsradikalismus wird abgelehnt, desgleichen die Bildung berufsständischer Parteien aus Gründen des Bauernwohls. Der Westfälische Bauernbund strebt die Erhaltung der Höfe, die Drosselung der Landflucht, sowie die Eigenexistenzermöglichung für Pächter, Heuerlinge und nachgeborene Bauernsöhne.

Kabinett Frick

Weimar, 10. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Regierungsverhandlungen der thüringischen Rechtsparteien sind noch nicht völlig zu Ende gebracht. Doch scheint man sich über die Besetzung der Ressorts geeinigt zu haben. Man will in der Tat den Hitler-Putschisten Frick zum Minister des Innern und Kultusminister ernennen. Als seine Kollegen im Kabinett sind der Bauernparteiler Baum-Rauschwitz (Finanz und Justiz) und ein der Wirtschaftspartei angehöriger bisher politisch wenig hervorgetretener Gothaer Rechtsanwalt Dr. Kästner (Wirtschaftsministerium) ausersehen.

Die Deutsche Volkspartei schlägt als Staatsrat (Regierungsmitglied ohne Ressort) ihren Fraktionsvorsitzenden im verflossenen Landtag, den früheren Schwarzburg-Sondershausener Staatsminister Bauer vor, der zum neuen Landtag aus Altersrücksichten nicht mehr kandidiert hat. Außerdem dürfte der bisherige Staatsrat und der Wirtschaftspartei angehörende Abgeordnete, Holzbildhauer Krause-Stadtroda, sowie eine deutschnationale Persönlichkeit in Frage kommen. Endlich wird unter den Staatsräten je ein weiterer Hakenkreuzler und ein Landbündler erscheinen.

Chinesische Beschwerden gegen Deutschland

London, 10. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Der Führer der radikalen Nationalisten in China, Wang Tsching Wei, der den Präsidenten der Nanking-Regierung Tschiang Kai Tschek heftig bekämpft, hat in chinesischer und englischer Sprache eine „Warnung an Deutschland" veröffentlicht. Er behauptet, das Deutsche Reich mische sich in Chinas innere Angelegenheiten ein und habe dem General Tschiang Kai Tschek eine ganze Anzahl deutscher Offiziere zur Verwendung im chinesischen Bürgerkrieg empfohlen. Tschiang Kai Tschek habe denn auch viele deutsche Militärs bei seinen „Unterdrückungsfeldzügen" um sich gehabt; er benutze sie für die systematische Zerstörung der Kuomintang. Deutschland habe außerdem große Mengen Waffen und Munition sowie Tanks und Bombenwerfer nach China geschickt und dadurch den Versailler Vertrag verletzt. Auch hätten die deutschen Offiziere den Gaskrieg in China eingeführt.

*

Die Behauptung, daß deutsche Offiziere der chinesischen Regierung von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt worden seien, wirkt geradezu grotesk, wenn man weiß, daß das Haupt der deutschen Offizierskolonie in China jener im Hitler-Putsch bekanntgewordene Oberstleutnant Kriebel ist, der jahrelang in Deutschland gegen die Republik kämpfte und schließlich das Angebot Tschiang Kai Tschek annahm, als Nachfolger eines Gesinnungsgenossen Bauer die Organisation der chinesischen Regierungsarmee zu leiten.

Mit Kriebel zusammen gingen eine Reihe anderer ehemaliger Offiziere aus München nach China, sie alle hatten finanziell lohnende Angebote von Tschiang Kai Tschek erhalten. Insgesamt sollen 26 deutsche militärische Sachverständige und Ratgeber für die Nanking-Regierung arbeiten.

Kriebel selbst spielt die Rolle eines Generalstabschefs. Die Organisation des chinesischen Flugwesens leitet Oltrich Fuchs, der aktiver Flieger gewesen sein soll. An der Pekinger Militärakademie unterrichten u. a. die Generale a. D. Lindemann und Gudovius. Ein Oberst Hummel beschäftigt sich mit der Modernisierung der Pekinger Gendarmerie. Schließlich ist eine Anzahl ehemaliger Offiziere im Eisenbahnwesen, in den Funkstationen und in den Arsenalen tätig.

Was die Frage der Waffeneinfuhr nach China anlangt, so ist Kriegsmaterial sowohl von Dampfern anderer Länder als auch von deutschen Dampfern nach China befördert worden. Es besteht keine Möglichkeit für Deutschland, das zu verhindern, nachdem das Gesetz über die Waffeneinfuhr nach China aufgehoben worden ist, ebenso wie in anderen Ländern entsprechende Verbote aufgehoben wurden. In Ostasien ist an sich bekannt, daß dieses Kriegsmaterial, auch wenn es von deutschen Schiffen eingeführt wurde, nicht aus Deutschland stammt, sondern in anderen Ländern fabriziert wurde und gerade deshalb verstärkt sich der Eindruck, daß die ganze Veröffentlichung den Zweck hat, die Aufmerksamkeit von jenen anderen Ländern abzulenken.

Der Gothaer Oberbürgermeister pensioniert

Der Stadtrat von Gotha hat in namentlicher Abstimmung mit 18 Stimmen des Bürgerbundes, der Wirtschaftspartei und eines Demokraten gegen 13 Stimmen der sozialistischen Parteien bei Stimmenthaltung von zwei Nationalsozialisten beschlossen, das Pensionierungsgesuch des Oberbürgermeisters Dr. Scheffler zu genehmigen.

Gelsenkirchen

Die durch das Umgemeindungsgesetz vereinigten rheinischen Städte Gelsenkirchen und Buer werden in Zukunft nach einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nur noch den Namen „Gelsenkirchen" tragen.